

## SteuerSünden

### || Zur kritischen Funktion der Theologie

Die Aufregung war groß, als in Deutschland Anfang Februar dieses Jahres ein Steuerskandal von seltener Dimension ans Tageslicht kam und schlagartig die mediale Aufmerksamkeit auf die prominenten Namen der Steuersünder lenkte. Denn betroffen waren keine Durchschnittsverdiener, die Bagatellobeträge vor den Steuerbehörden zu verheimlichen suchten, sondern Groß- und Spitzenverdiener, die namhafte Summen am heimischen Fiskus vorbei in die Steueroase Liechtenstein verschoben hatten. Die Reaktionen der Politik fielen dementsprechend heftig aus: Die Eliten, so hieß es, koppeln sich vom Rest der Gesellschaft ab und entziehen sich ihrer sozialen Verantwortung; sie definieren für sich selbst eigene Spielregeln; Steuerflucht und -hinterziehung höhlen den Sozialstaat aus, was dessen Spielraum weiter einenge. Die Politik drängte auf eine rasche Aufklärung, überdeckte damit aber zugleich eine entscheidende Paradoxie, die sie selbst ermöglicht hatte. Das Delikt der Steuerhinterziehung besitzt wie viele Handlungsvollzüge am Schnittpunkt von Privatheit und Öffentlichkeit eine doppelte Dimension, eine individuelle und eine strukturelle. Erst in ihrem Zusammenwirken entwickelt sich die besondere gesellschaftliche Signifikanz. Aus subjektiver und individualistischer Perspektive lassen sich gewiss viele und möglicherweise auch gute Gründe für ein solches Verhalten anführen: Das nagende Gefühl, unverhältnismäßig zur Kasse gebeten zu werden, das latente Unbehagen, dass die eigene Leistung zu wenig belohnt wird, der bohrende Verdacht, der Staat erweise sich als ein schlechter Verwalter, das starke Bedürfnis, möglichst viel von seinem »erarbeiteten« Geld für sich selbst zu behalten, die verführerische Macht, die eine stattliche Summe Geld aus sich heraus verleiht, all das sind Motive, die aus einer persönlichen Interessenslage Steuerhinterziehung motivieren können. So verständlich dies vielleicht aus dem Blickwinkel der eigenen Betroffenheit auch sein mag, so problematisch erweist es sich im Hinblick auf die Gesellschaft, in die eine solche Praxis eingebettet ist. Hier zeigen sich nun markante Bruchlinien, die unter der Oberfläche eines genau bestimmbar Deliktes, das ohnehin vom Steuerrecht sanktioniert wird, auf tief greifende gesellschaftliche Veränderungsprozesse hinweisen. Auf moralische Empörungen oder Schuldzuweisungen lässt sich getrost verzichten, nicht aber auf eine umfassende Analyse des politischen und ökonomischen Kontextes. Da nichts so mobil und flexibel ist wie das Kapital, wandert es nach einer berühmten Formulierung stets dorthin, wo es sich am wohlsten fühlt. In diesem Kampf um das Geld hat seitens der Staaten ein regelrechter Steuerwettbewerb nach unten eingesetzt, von dem insbesondere die internationalen Konzerne und großen Kapitaleigner profitieren. Aber auch die Wirtschaftseliten können sich zu den Gewinnern dieser Entwicklung zählen. Aktuelle Zahlen verschiedener Wirtschaftsforschungsinstitute zeigen, dass die Steuerbelastung der Vermögen und hohen Einkommen in den letzten Jahren deutlich gefallen ist – und dennoch die Bereitschaft abnimmt, einen entsprechen-

den Beitrag für die öffentlichen Belange zu leisten. Der Konsens darüber, wer wie viel beisteuert, ist brüchig geworden, weshalb hier implizit ein Gerechtigkeitsdiskurs angemahnt wird, der öffentlich jedoch kaum geführt wird. Große Teile der ökonomischen Eliten wenden sich nicht nur finanziell vom Rest der Gesellschaft ab, sondern auch in kultureller und sozialer Hinsicht. Die Häuser liegen abgeschottet und gesichert in exklusiven Wohngegenden, in den Garagen stehen überdimensionierte Autos, die Kinder besuchen teure Privatschulen (oft in kirchlicher Trägerschaft), die medizinische Versorgung wird ebenfalls privat organisiert, die Kontakte oder Berührungspunkte zu den übrigen Teilen der Gesellschaft beschränken sich auf das Notwendigste.

Kürzlich veröffentlichte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin eine Studie über die Einkommensentwicklung der letzten Jahre.<sup>1</sup> Dieser Bericht dokumentiert eine tief greifende Erosion der Mittelschicht, deren Einkommen von 2000 bis 2006 anteilmäßig von 62 auf 54 Prozent zurückgegangen ist. Gestiegen sind hingegen die oberen Einkommen, im gleichen Zeitraum wuchs der Anteil der Spitzenverdiener von 18,8 auf 20,5 Prozent. Stabil erweist sich die Lage nicht nur in den obersten Sphären, sondern auch im untersten Segment. In beiden Gruppierungen ist eine hohe Persistenz beobachtbar, wobei die Beharrungsquote am unteren Ende der Skala ausgeprägter ist. Einmal dort angekommen, sinkt die Chance, wieder aufzusteigen. Konnten vor einigen Jahren noch 46 Prozent ihre angespannte ökonomische Situation verbessern, gelingt dies gegenwärtig nur mehr 34 Prozent. Waren 2000 noch 64 Prozent der arbeitenden Bevölkerung vollzeitbeschäftigt, sank ihr Anteil bis 2006 auf 55 Prozent. Die Minijobs, Praktika und Teilzeitbeschäftigungen klettern nun die Bürotürme hinauf. Wohl können unterschiedliche Einkommensverhältnisse, so die ökonomische Lehrmeinung, eine positive Dynamik auslösen, indem sie das Streben nach sozialem Aufstieg und Karriere fördern, doch sind in den letzten Jahren die Aufstiegschancen nicht nennenswert gestiegen. In dieser klaren Verfestigung der Einkommensschichten liegt für viele die eigentlich schlechte Nachricht dieser Studie. Die ohnehin unzureichenden Bemühungen der Politik, etwa durch Bildungsprogramme oder eine offensive Arbeitsmarktpolitik die Chancengleichheit zu erhöhen und insbesondere die Situation der Schwachen und Armen zu verbessern, brechen an den Strukturen einer Gesellschaft, die den Imperativen von Markt und Profitorientierung immer weniger entgegenzusetzen kann oder möchte.

Das Anwachsen der Vermögen und Einkommen im obersten Segment spiegelt auch die seit 1987 alljährlich vom amerikanischen Wirtschafts\_magazin Forbes veröffentlichte, exklusive Liste der Dollar-Milliardäre. Das Ranking ist we-

1 Grabka, Markus M./Frick, Joachim R., Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? (<http://www.diw.de/documents/publikationen/73/79586/08-10-1.pdf>); auch wenn die Zahlen für Österreich weniger ausgeprägt sind, zeigen sie in die gleiche Richtung: vgl. Guger, Alois/Marterbauer, Markus, Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich – ein Update. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen ([http://www.wifo.ac.at/www/servlet/wwa.upload.DownloadServlet/bdoc/WP\\_2007\\_307\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/www/servlet/wwa.upload.DownloadServlet/bdoc/WP_2007_307$.PDF)).

niger wegen der illustren Namen und kolportierten Summen als wegen der jährlichen Verschiebungen von Interesse. Obwohl in der Liste immer noch die Zahl der US-Amerikaner überwiegt, holen die Transformations- und Dritte-Welt-Länder auf. Vier der zehn Reichsten sind Inder, aber auch ein Südafrikaner und ein Nigerianer haben es in diesen elitären Kreis geschafft. Die Zahl der Milliardäre umfasst gegenwärtig 1125 Namen und hat sich damit in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt, wobei Diktatoren und Königshäuser nicht aufgenommen sind.

Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich wird im globalen Maßstab eine der zentralen Herausforderungen bleiben, auch wenn in der absoluten Armutsbekämpfung in den letzten Jahren große Erfolge erzielt wurden. Hinzu kommt, dass die Klimaveränderung und der Kampf um die Ressourcen den weltweiten Wettbewerb um die Lebenschancen weiter verschärfen werden. Doch auch in den entwickelten Industriestaaten kann sich das Auseinanderklaffen zu einer ernsthaften Bedrohung entwickeln. Für Europa prognostizieren manche SoziologInnen eine Wiederkehr der Klassengesellschaft im Stile des 19. Jahrhunderts. Nach einer aktuellen Studie des Britischen Verteidigungsministeriums, die zahlreiche Risiken und Bedrohungen für die nächsten 30 Jahre auflistet, zählen innerhalb der westlichen Länder die wachsenden Einkommensunterschiede zu den großen Gefährdungspotentialen der Zukunft.<sup>2</sup> Die ökonomischen Ungleichheiten, so die Autoren, werden Unruhen, Kriminalität und Konflikte schüren und können somit zum Wiederaufleben von antikapitalistischen Ideologien und religiösen, anarchistischen oder nihilistischen Bewegungen führen. Aber auch eine Renaissance populistischer Bewegungen und eine „Wiederkehr des Marxismus“ erscheinen möglich. Anfällig dafür sei insbesondere die Mittelschicht, die sich durch den zunehmenden Abstand zu den Reichen transnational zum „Mittelklasseproletariat“ verbinden könnte.

Doch was haben diese Befunde, so könnte man nun fragen, mit Theologie zu tun? In welcher Weise werden hier Fragestellungen des Glaubens berührt? Sollte man nicht besser die Ökonomie den Ökonominen und Ökonomen, die Gesellschaft der Öffentlichkeit und die Politik den politisch Verantwortlichen überlassen? So sehr die neuzeitliche Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Funktionssysteme eine Errungenschaft darstellt, hinter die es kein Zurück mehr geben darf, so deutlich werden unter den gegenwärtigen Bedingungen aber auch die Grenzen dieses Konzepts sichtbar. Die aus blutigen Erfahrungen errungene Entflechtung von Religion und Politik hat unter anderem zu einer Privatisierung von Glaube und Kirche geführt, die das Religiöse konsequent in die Sphären der Innerlichkeit und der persönlichen Integrität verbannte. Soll das Christentum aber mehr sein als eine private, wenn auch gemeinschaftlich vollzogene Form der Kommunikation mit einer personalen Transzendenz, dann kommt es nicht umhin, die Welt, wie sie sich uns zeigt, als einen Ort der Bewährung und der Gestaltung

2 [http://www.mod.uk/NR/rdonlyres/4DFA218B-7B49-4EDB-82BD-770928C6334F/0/20071218\\_strat\\_trends\\_prog\\_U\\_DCDCIMAPPS.pdf](http://www.mod.uk/NR/rdonlyres/4DFA218B-7B49-4EDB-82BD-770928C6334F/0/20071218_strat_trends_prog_U_DCDCIMAPPS.pdf).

zu begreifen. Der weithin sichtbare Rückzug der Glaubenskommunikation ins Spirituelle und Esoterische verdeckt die grundlegende Grammatik des Christentums, dass es nicht nur eine symbolische Form eines bestimmten Gottes- und Weltverhältnisses ist, sondern zugleich eine performative Praxis, um diese Welt im Sinne der Reich-Gottes-Botschaft Jesu zu gestalten und zu verändern. Für das Christentum ist die Welt und nichts anderes der Ort, an dem die Gottesbeziehung ihre Plausibilität und ihre nach außen sichtbare Gestalt findet. In ihrer kommunikativen Form erhebt die religiöse Rede implizit einen dreifachen Anspruch, dass sie auf einer rationalen Ebene kognitiv wahr, auf einer personalen Ebene existenzerschließend bzw. authentisch ist und auf einer politisch-praktischen Ebene Gerechtigkeit schafft und befreiend wirkt. Keiner dieser drei Ansprüche lässt sich verabsolutieren, streichen oder in einen anderen hinein auflösen, als ginge es im Christentum allein um die Wahrheit oder allein um die Kultur der Authentizität oder nur um eine rechte Praxis. Erst in ihrem wechselseitigen Zu- und Ineinander bringen sie die Botschaft des Evangeliums in ihrem Reichtum zur Sprache. Deshalb besitzt jedes Reden von Gott, das in einen existentiellen Vollzug eingebettet ist, zugleich eine politische Relevanz, ob diese nun explizit reflektiert oder entschieden negiert wird. Für die theologische Reflexion kann es deshalb nicht gleichgültig sein, wie die konkreten politischen und ökonomischen Strukturen bzw. Verhältnisse gestaltet sind und in welche Richtung sie sich entwickeln. Die Bibel nennt als einen grundlegenden Maßstab für den Weltauftrag die Gerechtigkeit (Hos 10,12; Jes 61,1-3), die keine billige Universalformel darstellt, sondern als eine eschatologische Aufgabe jeweils an den konkreten, einzelnen Problemen zu vermessen ist. Natürlich sind in den hoch komplexen und vernetzten Gesellschaften einfache Lösungen verwehrt, aber dieses Argument dient oft als Vorwand, sich der politisch-praktischen Verantwortung zu entziehen. In den Debatten um die konkrete Gestaltung unserer Gesellschaften darf die Stimme der Kirchen ebenso wenig fehlen wie in den brennenden ethischen Auseinandersetzungen, die gegenwärtig etwa in der Biotechnologie geführt werden. Die Gefahr, dass sich die Gesellschaft mit dem Ausschluss religiöser Argumente wichtiger Sinnressourcen und bewährtem Orientierungswissen leichtfertig entschlägt, wird von vielen nachdenklichen ZeitgenossInnen mit Sorge registriert. Die notwendige Einmischung des Christentums kann aber nicht im Modus des erhobenen Zeigefingers oder der Moralkeule erfolgen. Solche Formen desavouieren sich in der säkularen Öffentlichkeit regelmäßig selbst, weil sie den Glauben auf eine moralische Praxis reduzieren und ihn damit deutlich verfehlen. Die notwendige gesellschaftliche Einmischung bedarf heute anderer, überzeugenderer Formen. Nur der performative Anspruch der christlichen Botschaft kann den Glauben aus den Behaglichkeiten der privaten Frömmigkeit herausführen. Allerdings lässt er sich erst dann glaubwürdig erheben und begründen, wenn er eng an die konkreten Lebenssituationen der einzelnen Menschen und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gebunden wird. Man könne, so hat Karl Barth in einem Brief an den Freund Eduard Thurneysen einmal gemeint, Theologie eigentlich nur vor der aufgeschlagenen Bibel und der aufgeschlagenen Zeitung

gleichermaßen betreiben.<sup>3</sup> Das ist gewiss ein hoher Anspruch und stellt die theologische Reflexion vor die schwierige Aufgabe, sich auf fremdes und unsicheres Terrain zu begeben. Doch gibt es dazu eine Alternative? Das Ende der großen Entwürfe und die zunehmenden Erosionserscheinungen des Sozialen erfordern von theologischer Seite verstärkte Anstrengungen, die Gesellschaft als einen eigenen, konstitutiven locus theologicus zu reflektieren. Damit wird keine neue spektakuläre Agenda eröffnet, die nach öffentlichkeitswirksamen Inszenierungen rief. Vielmehr sind hier kontinuierliche und unspektakuläre Schritte gefordert: ausgeschlossene Diskurse in die gesellschaftlichen Debatten zurückzuführen, verdrängte Fragen zu formulieren, den Marginalisierten eine Stimme zu verleihen, Ungerechtigkeiten beim Namen zu nennen, an Vergessenes zu erinnern. Vieles ließe sich hier noch hinzufügen. Wer spricht beispielsweise heute noch von der Gemeinpflichtigkeit des Eigentums, einem der unverrückbaren Pfeiler der kirchlichen Soziallehre? Ist Gerechtigkeit nicht einer der bevorzugten Namen Gottes? Liegen hohe Einkommen und Vermögen ausschließlich an der individuellen Tüchtigkeit? Oder sind sie nur möglich, weil Infrastruktur, Rechtsstaatlichkeit, Herkunft, Bildungs- und Gesundheitswesen das entsprechende Umfeld dafür schaffen? Ist es nicht selbstverständlich, dass diejenigen, die mehr »leisten« können, auch dementsprechend mehr zum Gemeinwohl beitragen müssen? Die Orientierung an den Gesetzen des Marktes und am Recht des Stärkeren ist kein Naturgesetz, sondern Resultat individueller und politischer Entscheidungen. Auch wenn es inopportun erscheinen mag und vielleicht anachronistisch klingt, es ist und bleibt eine der Hauptaufgaben gegenwärtiger Theologie, Ideologiekritik zu betreiben und je neu zu reflektieren, wie in der Welt von heute Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt noch möglich sind.

Alois Halbmayr

3 Brief vom 11. November 1918, in: Karl Barth – Eduard Thurneysen, Briefwechsel 1913-1921 (KBGA 5), Zürich 1973, 299-301.